

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Verlagsangelegenheiten siehe Seite 75 M. — Preis und Geschäftsbedingungen werden nicht ausgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Alteschloßer Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 99. Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

# Beschlüsse der Generalversammlung

Die gesetzgebende Körperschaft unseres Verbandes hat entschieden! Infolge der andauernden Bemühungen außerhalb unserer Organisation stehender Elemente, die Sechsstundenschichtfrage zu einer parteipolitischen Kampfpapare zu machen, auf welche Weise man „so nebenbei“ auch den Bergarbeiterverband abmurken möchte, entschloß sich der Verbandsvorstand, zur Entschcheidung eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Auch von der Seite, die sich ständig selbst „die Opposition“ nennt, war die Einberufung beantragt, allerdings ohne die Statutbestimmungen zu beachten.

Die außerordentliche Generalversammlung hat nun getagt, vom 24. bis einschließlich 26. Januar in Bochum („Tonhalle“), hat entschieden und diese Entscheidung gilt für alle Verbandsmitglieder!

Zwei Tage hindurch ist über die Frage der Sechsstundenschicht, die Möglichkeit ihrer Einführung und den Zeitpunkt ihrer Verwirklichung debattiert worden. Die Debatte war viel sachlicher, als man nach diversen wüsten Ausbrüchen in Versammlungen und gehässigen Presseangriffen erwartet hatte. Es kamen nun doch Kameraden zusammen, die sich gegenseitig über bergbauliche Fragen keine Flüchen vormachen könnten. Wäre die Schichtzeitfrage gänzlich freigeblieben von parteipolitischer Verzerrung, dann kam überhaupt keine Uneinigkeit unter die Bergleute und wir wären praktisch schon viel weiter.

Die Generalversammlung hat festgestellt, daß gar keine prinzipielle Meinungsverschiedenheit unter uns über die Sechsstundenschicht besteht! Sämtliche Delegierte, sämtliche Mitglieder des Vorstandes, des Beratungs- und des Kontrollausschusses haben sich grundsätzlich für die Sechsstundenschicht erklärt.

Das stand schon früher außer Zweifel. Weil es aber außerhalb unseres Verbandes stehenden Persönlichkeiten in ihren parteipolitischen Kram paßt, wegen der Sechsstundenschicht wieder einmal zur Arbeitseinstellung anzureizen, wurde von dort die „Parole“ ausgegeben, „vom 1. Febr. ab“ im Ruhrgebiet „nur noch 6 Stunden zu arbeiten“. Diese „Parole“ ist so gewissenlos vertreten worden, daß man die Belegschaften sogar in der Presse anlog, die Sechsstundenschicht sei ihnen „versprochen“, aber die Gewerkschaftsführer wollten sie nicht durchführen lassen! Durch dieses niederträchtige Gehebe waren auch zahlreiche alte Gewerkschaftsmitglieder zu der Ansicht gekommen, die Sechsstundenschicht müsse auch ohne internationale Regelung jetzt sofort verwirklicht werden. Die Sechsstundenschichtfrage sollte in den gewerkschaftlichen Organisationen als Sprengpulver wirken; das ist der Plan der Gewerkschaftsfeinde!

Die Debatte in der Generalversammlung mußte von der unbestreitbaren Tatsache einer ungeheuren Kohlennot ausgehen und dann untersuchen, ob durch die Sechsstundenschicht die Not gemindert oder vergrößert würde.

Und da haben selbst die Hauptredner der „Opposition“, die Kameraden Rosemann und Lewka ausgegeben, daß erstens durch die sofortige Einführung der Sechsstundenschicht ein, wenn auch nur vorläufiger, aber doch tatsächlicher Rückgang der Förderung eintreten würde; und zweitens: daß alle Betriebsanlagen für die Sechsstundenschicht technisch noch nicht eingerichtet seien!!! Diese Eingeständnisse haben volle Klarheit darüber geschaffen, daß die Einführung der Sechsstundenschicht in gegenwärtiger Zeit ein sehr gefährliches Experiment ist. Das können wir nicht riskieren, weil die Verantwortung unerträglich ist.

Kamerad Rosemann sagte, wenn bei sechsstündiger Schicht die Kohlenförderung sinken sollte, dann würde er das Verfahren von sieben Schichten in der Woche vorschlagen. Das wäre wöchentlich eine volle Uberschicht! Dann kommen aber, wie jetzt, 42 Arbeitsstunden wöchentlich heraus, es wäre also praktisch gar keine Verringerung der Arbeitsstunden zu verzeichnen! Außerdem kann auch die „Opposition“ keinen Menschen zum Verfahren von Uberschichten zwingen. Hier muß die freie Vereinbarung einsehen und durch freie Vereinbarung kann man dann auch den Übergang zur Schichtverkürzung festlegen. Mit Gewalt lassen sich solche produktions-technische Fragen nicht lösen.

Gerade weil die Schichtzeitfrage von den unserem Verbands fernstehenden gewerkschaftsfeindlichen Fanatikern zu einer parteipolitischen Kampfpapare gemacht worden ist, ist der Widerstand der Werkbesitzer gegen die Schichtverkürzung außerordentlich verstärkt worden. Dafür haben sich die Bergleute bei jenen Fanatikern zu bedanken.

Und die angerufene Reichsregierung hat erklärt, sie werde die internationalen Verhandlungen wegen der Schichtverkürzung aufnehmen, könne aber einer sofortigen, ein-

seitigen Einführung dieser Schichtzeit in Deutschland nicht zustimmen. Daran hindere sie die ohnehin schon furchtbare Kohlennot. Deutschland muß der Entente nun eine größere Kohlenmenge liefern und in Paris wird man es sicher als eine Sabotierung des Friedensvertrages ansehen, wenn bei uns die Sechsstundenschicht eingeführt wird, dadurch die Förderung sinkt, während man in Belgien und Frankreich noch die achtsündige Untertagschicht verfährt. Deutschland ist in den Händen der Ententemächte, auch seine Regierung ist dadurch gebunden.

Die Generalversammlung hatte aber auch die Gelegenheit, von den Delegierten unserer Mitgliedschaften in den Eisen-, Kupfer-, Blei-, Zink- und Kaliverksbezirken zu hören, wie dort der Kohlenmangel bereits wirkte. Monatelang schon liegen zahlreiche Erzgruben, liegt der größte Teil der Kaliverke still, weil es ihnen an Kohlen fehlt. Unsere Kameraden aus Siegen-Rassau, aus dem Harzgebiet, aus den hannoverschen, hessischen, thüringischen und sächsischen Erz- und Kalibezirken haben die Kameraden aus den Kohlenbezirken, doch an die vielen zehntausenden Bergleute mit Familien zu denken, die bereits seit Monaten viele Feiertage machen mußten und denen die Entlassung angekündigt ist, wenn sich die Kohlenversorgung nicht bessert. Die Sechsstundenschicht müsse und werde kommen, nur bitte man davon abzuweichen, sie jetzt schon einzuführen, wo die Kohlennot noch so furchtbar sei! Die Bergleute müßten doch Solidarität üben! Das eine Revier müsse das andere unterstützen. Das sei doch der Zweck der Organisation!

Diese Darlegungen unserer Kameraden machten auf die Delegierten starken Eindruck. Manchem sind die Augen aufgegangen und er sah, welche große Verantwortung auf uns ruht. Immer mehr wuchs die Einsicht, daß ein Revier nicht auf eigene Faust handeln dürfe, sondern daß die Parole der Verbändler sein und bleiben müsse: „Einer für alle, alle für einen!“

Wir dürfen uns unser Handeln nicht vorschreiben lassen von Elementen, die keine Verantwortung für den Verband tragen und aus parteiagitorischen Gründen bewußt eine Herrschaftspolitik verfolgen!

Das brachte die Generalversammlung klar zum Ausdruck, indem sie in namentlicher Abstimmung

**mit 182 gegen 36 Stimmen einen Streik für die sofortige Sechsstundenschicht ablehnte!!!**

Die gewaltige Majorität der Stimmen sagt jedem Verbandskameraden klar und deutlich, daß die gesetzgebende Körperschaft unseres Verbandes keine Aktion aufheißt oder auch nur indirekt unterstützt, die von den fanatischen Herrschaftspolitikern eingeleitet wird.

Die Generalversammlung hat Klarheit geschaffen nach der Richtung, daß sie alle Mitglieder zur freiwilligen gewerkschaftlichen Disziplin verpflichtet! Wer das nicht anerkennt, der trägt für seine Taten ganz allein die Verantwortung. Es muß nun endlich Schluß gemacht werden mit den Extratouren und Solofügen eigenwilliger Mitglieder, die sich immer wieder über die Organisationsbeschlüsse hinwegsetzen! Wenn dem nicht Einhalt getan wird, dann verfällt unser ganzes Gemeinwesen dem kulturwidrigsten Anarchismus.

Nach dieser bedeutungsvollen Abstimmung über die Anwendung des Streiks in der gegenwärtigen Situation nahm die Generalversammlung zu den Schichtzeit-, Lohn-, Urlaubs-, Ernährungs- und damit zusammenhängenden anderen Wirtschaftsfragen folgende Anträge an:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands spricht sich grundsätzlich für die Verkürzung der regelmäßigen unterirdischen Arbeitszeit bis auf sechs Stunden aus. Sie ist jedoch der Ansicht, daß mit Rücksicht auf die ungeheure Notlage, in der sich schon Millionen deutscher Arbeitsschüler infolge mangelnder Kohlenversorgung befinden, in der sofortigen Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit für die Untertagsarbeiter kein geeignetes Mittel zur Vinderung des großen Notstandes erblickt werden kann. Daher stellt sich die außerordentliche Generalversammlung mit der Generalversammlung in Wiesfeld (Juni 1919) und der Vertreterkonferenz der Betriebsräte des Ruhrreviers (27. Dezember 1919) auf den

Standpunkt, daß die Verwirklichung der genannten Schichtzeit gleichmäßig durch internationale Vereinbarungen erfolgen muß und beschließt, daß bereits in den nächsten Tagen eine internationale Bergarbeiterkonferenz stattfindet, die sich mit der Schichtzeitfrage beschäftigen soll.

Dagegen fordert die Generalversammlung nun in der Lohnfrage und der Urlaubsgewährung solche Zugeständnisse, die es den Bergarbeitern ermöglichen, die außerordentliche Leistung zu übersteigen und die sehr gesunkene Arbeitskraft wieder zu heben. In diesem Sinne haben unsere Vertreter bei allen Tarifverhandlungen energisch zu wirken.

Die Generalversammlung fordert die Verbandsmitglieder in allen Revieren auf, sich geschlossen hinter den Beschluß der Generalversammlung zu stellen und mit fester Entschlossenheit allen Versuchen, diesen Beschluß zu durchkreuzen, entgegenzutreten.

Gesamtvorstand.  
(Der erste Satz wurde einstimmig, der übrige Teil mit sehr großer Mehrheit angenommen.)

„Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands fordert die Bergbehörde auf, unverzüglich die Einlegung von zwei Fördermaschinen für alle Reviere und Schachtanlagen anzuordnen. Da der Mehrzahl der Schächte die Einlegung der zweiten Fördermaschine möglich ist, so kann durch sie die jetzige Förderung erheblich erhöht werden.

Für den Fall, daß die Bergbehörde vorstehende Forderung wegen Widerstandes der Unternehmer einiger Zechen allgemein nicht durchführen kann, wird das Reichsarbeitsministerium ersucht, anzuordnen, daß eine Kommission zu gleichen Teilen von den Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber gewählt wird, die die Gründe dieser Zechen für die Weigerung unter Teilnahme eines Regierungsvertreters untersucht.

Knepper und 19 Genossen.“

„Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erkennt die allgemeine Notlage der deutschen Arbeiterschaft nachdrücklich an. Um aber die vorhandene Kohlennot zu beheben und die Arbeitsfreudigkeit im Bergbau zu erhalten und zu fördern, hält die Generalversammlung es für dringend erforderlich, daß bei allen stehenden Tarifverhandlungen in der Lohn- und Urlaubsfrage, sowie auch den sonstigen Arbeitsbedingungen wesentliche Verbesserungen durchgeführt werden. Die Zuschläge für das Verfahren von Ueber-, Neben- und Sonntagschichten müssen gesteigert werden. In der Urlaubsgewährung ist eine Gleichstellung der jugendlichen Arbeitskammeraden mit den alten Arbeitern unumgänglich notwendig, dergleichen muß eine längere Urlaubsdauer gewährt werden. Die Deputate für Invaliden und Witwen sind wesentlich zu erhöhen und es darf bei der Gewährung derselben die Bedürftigkeit keine entscheidende Rolle spielen. Die Entschädigung der Invaliden und älteren Kameraden muß grundsätzlich nach dem Tarif erfolgen. Die außerordentliche Generalversammlung erwartet auf das Bestimmteste, daß in all diesen Fragen den Forderungen der Bergarbeiter entsprochen wird und beauftragt den Verbandsvorstand, in allen Revieren in diesem Sinne zu wirken.  
Der Vorstand.“

Einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen bringen wir in nächster Nummer. Ueber die gesamten Verhandlungen wird bald ein Protokoll nach stenographischer Niederschrift herauskommen.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hielt am 25. Januar in Gelsenkirchen eine außerordentliche Generalversammlung und Vertrauensmännerkonferenz für das Ruhrgebiet ab, an der ca. 2000 Vertreter teilnahmen. Nach mehrstündiger, teilweise sehr bewegter Debatte wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

1. Wir halten grundsätzlich an der Forderung der Sechsstundenschicht fest.
2. Wir fordern von der Regierung und den Unternehmern, daß sie mit aller Entschiedenheit die notwendigen Vorbereitungen treffen, damit die Sechsstundenschicht im Bergbau möglichst durchgeführt werden kann.
3. Bis zur Durchführung der Sechsstundenschicht fordern wir eine entsprechende bessere Bezahlung der Bergleute. Die Volksgemeinschaft muß den Bergleuten für ihr der Volksgemeinschaft gebrachtes Opfer entsprechende Gegenleistungen gewähren. Die Konferenz fordert alle Bergleute auf, im Interesse der Volksgemeinschaft jede Störung der Kohlenförderung zu vermeiden und alle Kraft einzusetzen, damit die unser Volk und unser Wirtschaftsleben schwer bedrohende Kohlennot bald beseitigt wird.“

Dieser Beschluß der zweitstärksten Bergarbeiterorganisation Deutschlands deckt sich fimgemäß mit der Entscheidung unserer Generalversammlung. Auch der Vertreterkongress des Gewerbevereins hat es abgelehnt, für die sofortige Einführung der Sechsstundenschicht in einen Streik einzutreten.



Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Finanzreform im Deutschen Holzarbeiterverband.

Im Deutschen Holzarbeiterverband wird demnächst eine sehr beträchtliche Erhöhung der Beiträge durchgeführt.

Der Holzarbeiterverband hat zuletzt im Jahre 1917 eine großzügige Finanzreform durchgeführt, die mit Beginn des Jahres 1918 in Kraft trat.

Im Hinblick auf das Bedürfnis nach einer weiteren Steigerung der Höhe der Beiträge, gemessen an der Höhe des Lohnes, hat der Verband...

Nach dem Vorschlag des Vorstandes sollen neue Beitragsklassen eingeführt werden mit Wochenbeiträgen von 13, 26, 52, 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 478, 530, 582, 634, 686, 738, 790, 842, 894, 946, 998, 1050, 1102, 1154, 1206, 1258, 1310, 1362, 1414, 1466, 1518, 1570, 1622, 1674, 1726, 1778, 1830, 1882, 1934, 1986, 2038, 2090, 2142, 2194, 2246, 2298, 2350, 2402, 2454, 2506, 2558, 2610, 2662, 2714, 2766, 2818, 2870, 2922, 2974, 3026, 3078, 3130, 3182, 3234, 3286, 3338, 3390, 3442, 3494, 3546, 3598, 3650, 3702, 3754, 3806, 3858, 3910, 3962, 4014, 4066, 4118, 4170, 4222, 4274, 4326, 4378, 4430, 4482, 4534, 4586, 4638, 4690, 4742, 4794, 4846, 4898, 4950, 5002, 5054, 5106, 5158, 5210, 5262, 5314, 5366, 5418, 5470, 5522, 5574, 5626, 5678, 5730, 5782, 5834, 5886, 5938, 5990, 6042, 6094, 6146, 6198, 6250, 6302, 6354, 6406, 6458, 6510, 6562, 6614, 6666, 6718, 6770, 6822, 6874, 6926, 6978, 7030, 7082, 7134, 7186, 7238, 7290, 7342, 7394, 7446, 7498, 7550, 7602, 7654, 7706, 7758, 7810, 7862, 7914, 7966, 8018, 8070, 8122, 8174, 8226, 8278, 8330, 8382, 8434, 8486, 8538, 8590, 8642, 8694, 8746, 8798, 8850, 8902, 8954, 9006, 9058, 9110, 9162, 9214, 9266, 9318, 9370, 9422, 9474, 9526, 9578, 9630, 9682, 9734, 9786, 9838, 9890, 9942, 9994, 10046, 10098, 10150, 10202, 10254, 10306, 10358, 10410, 10462, 10514, 10566, 10618, 10670, 10722, 10774, 10826, 10878, 10930, 10982, 11034, 11086, 11138, 11190, 11242, 11294, 11346, 11398, 11450, 11502, 11554, 11606, 11658, 11710, 11762, 11814, 11866, 11918, 11970, 12022, 12074, 12126, 12178, 12230, 12282, 12334, 12386, 12438, 12490, 12542, 12594, 12646, 12698, 12750, 12802, 12854, 12906, 12958, 13010, 13062, 13114, 13166, 13218, 13270, 13322, 13374, 13426, 13478, 13530, 13582, 13634, 13686, 13738, 13790, 13842, 13894, 13946, 14000, 14050, 14100, 14150, 14200, 14250, 14300, 14350, 14400, 14450, 14500, 14550, 14600, 14650, 14700, 14750, 14800, 14850, 14900, 14950, 15000.

Table with 6 columns: Wochenbeitrag, and 5 rows of values: 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, and 4,50.

Dazu wird in allen Beitragsklassen für jedes Kind unter 14 Jahren ein Zuschlag von 3 M. pro Woche gewährt.

Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat seinen Plan zunächst mit den Gewerkschaften und einem Vertreter des Verbandsausschusses beraten.

Gewerkschaftliche Grundzüge.

Die von allen der Zentral-Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeiter- und Angehörigenorganisationen durchzuführen sind.

Der Gewerkschaftsfongress hatte sich mit einem Antrag verschiedener Angehörigenverbände beschäftigt, wonach die seinerzeit einmal beschlossene Gewerkschaftliche Grundzüge...

Zusammenfassung: Eine Arbeitnehmergewerkschaft bzw. deren Parteien oder Sektionen soll bestehen aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder verwandten Berufes.

Leitung: Die Leitung der Arbeitnehmergewerkschaften liegt sowohl in der Hauptgeschäftsstelle wie auch in den Bezirks- und örtlichen Organisationen in den Händen von Arbeitnehmern.

Zwecksetzung: Der Zweck der Arbeitnehmergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Führung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage der Arbeitnehmer des betr. Berufes.

Mittel und Zweck: Zur Erreichung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft kommen in Betracht: a) Verhandlungen mit den Arbeitgebern...

Knappschätzliches. Für die Knappschätzlichen, Witwen und Waisen.

Sehr geehrte Herren! Durch die dauernden Preissteigerungen für Lebensmittel und Bekleidung befinden sich die Knappschätzlichen, deren Witwen und Waisen in einer sehr bedrängten Lage.

Die Knappschätzlichen sind der Ansicht, daß der verringerten Kaufkraft des Geldes gemäß eine Heraushebung der Bedürftigkeitsgrenze bei den Invaliden auf 300 M. und bei den Witwen auf 180 M. angebracht sei.

Die Knappschätzlichen weisen sehr wohl, daß durch die Bewilligung dieser Teuerungszulagen dem Bergbäuerlichen Verein große Kosten ausgerechnet werden, doch es muß für die, welche bei der Bergarbeit ihre Arbeitskraft gefahren haben...

Die geehrten Herren des Bergbäuerlichen Vereins kennen sicher die traurige Lage der Invaliden, Witwen und Waisen und geben sich die Knappschätzlichen und mit ihnen der Unterzeichnete der Hoffnung hin, daß die Aufhebung der Teuerungszulagen baldigt beschlossen wird.

Im Voraus im Namen der Unterstützungsberechtigten dankend und eine zukunftsweisende Antwort erhoffend, zeichnet sich mit hochachtungsvollem Gruß!

Im Auftrag: Georg Wismann.

Vorstandsitzung des Knappschätzlichenvereins am 8. Januar 1920.

Der Vorstand genehmigte den Wirtschaftsplan für 1920 und nahm eine Geschäftsregelung der Beamten vor, die sich an die der städtischen Beamten anlehnt.

Der Weiterertritt in die Krankenversicherung der nach Ueberführung der Verdienstschnitte von 6000 M. ausgeschiedenen Berufsbeamten wird nicht für zulässig gehalten, da nach der Verordnung vom 22. 11. 18...

Es wird entschieden, daß ehemalige russische Kriegsgefangene, die nach nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten und auf den Feind beschäftigt wurden, versicherungspflichtig zur Kranken- und zur Invalidenversicherung sind...

Generalversammlung des Brühler Knappschätzlichenvereins vom 29. Dezember 1919.

Bei Eröffnung der Generalversammlung durch den Vorsitzenden Herrn Bergart wurde die knappschätzliche Knappschätzliche Kommission der Stimmzahl der Mitglieder mit 55, die der Werkbesther mit 136 fest.

In der Aussprache beantragte der Vertreter Langerath die Reduktion der 4 Kilometer- und 4 Kilometer- Züge auf die Vorverhandlungen hin, die zwischen den Vertreter des Vorstandes und den Werkbestheren geschlossen wurden.

Der Vertreter Fed teilt der Versammlung mit, daß sie alles versucht haben, für ihre Mitglieder das herauszubekommen, was in ihren Kräften stand, und was die Vertreter hierher fürforderten, die Ausschus- und Vorstandsmittglieder weit energischer gefordert hätten.

Ganz Direktor Wegge äußerte sich den Ausführungen Fed's an und betont ausdrücklich, daß die Ausschus- und Vorstandsmittglieder alles weit intensiver und energischer gefordert hätten, als man hier in der Versammlung fordere.

Der Vertreter Weikmann beantragte, den Absatz 5 des § 2a mit rückwirkender Kraft von einem früheren Zeitpunkt an in Kraft treten zu lassen, als vom 1. 1. 1920 an.

Der Vertreter Weikmann beantragte, den Absatz 5 des § 2a mit rückwirkender Kraft von einem früheren Zeitpunkt an in Kraft treten zu lassen, als vom 1. 1. 1920 an.

Weiter wurde in die Erörterung der Krankenkasse (Lebens der Kasse) eingetreten, welche vorher von dem Vertreter Langerath im Stande, später nach eingehender Beratung wurde man sich über die Einführung der Kontrolle durch die Vertreter einig.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Verleumdungen von rechts!

Es sind keineswegs nur die sogenannten „Kommunisten“ (Sie haben von dem Ideal des Kommunismus gar keine Ahnung), die sich bemühen, die gewerkschaftlichen Arbeiterführer zu beschuldern.

Auf Bildern kann man jetzt vielfach „Verkehrskretze“, den „Reichslohnrat“, „Reichsaltra“ usw. sehen, eine Sammlung von zweifellos wichtigen Fachleuten, die — fast gestört sind und sich gegenseitig im Wege stehen.

Unser Kamerad Sachse ist nicht aus eigenem Antrieb, auch nicht auf Wunsch der Kalkindustriellen in die Geschäftsleitung des Kalksyndikats eingetreten, sondern er ist dort auf Grund des Rechts...

Der Wiesertritt in die Krankenversicherung der nach Ueberführung der Verdienstschnitte von 6000 M. ausgeschiedenen Berufsbeamten wird nicht für zulässig gehalten, da nach der Verordnung vom 22. 11. 18...

Es wird entschieden, daß ehemalige russische Kriegsgefangene, die nach nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten und auf den Feind beschäftigt wurden, versicherungspflichtig zur Kranken- und zur Invalidenversicherung sind...

Generalversammlung des Brühler Knappschätzlichenvereins vom 29. Dezember 1919. Bei Eröffnung der Generalversammlung durch den Vorsitzenden Herrn Bergart wurde die knappschätzliche Knappschätzliche Kommission der Stimmzahl der Mitglieder mit 55, die der Werkbesther mit 136 fest.

Ein treues Mitglied und zuverlässiger Kamerad Johann Müller. Perlebe bedient nun schon 25 Jahre ununterbrochen einer großen Zahl unserer Kameraden als Rettungsbote mit einer geradezu erstaunlichen Blüthezeit.

Wahlberge anfangt Kohlen.

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben: In der Presse und in vielen Konferenzen hat nun schon seit längerer Zeit über unreine Kohlen eine Aussprache stattgefunden.

Auf fast allen Wegen werden die Schichtmeister angezogen, daß nur zu ein möglich höches Salzenplus herausgewirtschaftet wird. Auf eine jährlich einwandfreie Weise kann dieses Plus herausgewirtschaftet werden, wenn die Wagen gut vollgeladen zu Tage kommen und der mittlere Inhalt sich um einiges höher stellt als wie er figuriert ist.

